



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Kultur und Sport
(LABOE/BSKS/02/2019) vom 12.03.2019

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Sigrun Hey

Bürgermeister/in

Herr Marc Wenzel

Mitglieder

Herr Sebastian Bauer

Vertretung für Herrn Kai Rönnau

Frau Claudia Bern

Vertretung für Herrn Marcus Hegewald

Herr Helge Cornehl

Frau Margret Diekötter

Herr Uwe Dierck

Frau Annette Kleinfeld

Frau Anni Kowalski

Vertretung für Herrn Günter Petrowski

Frau Gudrun Kubon

Frau Silveli Müller

Frau Petra Zobel

Presse

Frau Astrid Schmidt

Protokollführer/in

Herr Jürgen Dräbing

Abwesend:

Mitglieder

Herr Marcus Hegewald

Herr Günter Petrowski

Herr Kai Rönnau

Beginn: 19:00 Uhr

Ende 20:20 Uhr

Ort, Raum: 24235 Ostseebad Laboe, Schulstraße 1, im Gebäude der
Grundschule (Cafeteria)

Tagesordnung:

Vorlagennummer:

- öffentliche Sitzung -

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung (Dringlichkeitsanträge)

3. Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
4. Einwohnerfragestunde
5. Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Kultur und Sport vom 22.01.2019 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
6. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden
7. Mitteilungen des Bürgermeisters
8. Antrag zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Grundschule und der Offenen Ganztagschule Laboe -Sachstandsbericht
9. Anschaffung und Montage von Fahrradständern für die Schule
10. Gebührenanpassung OGTS
11. ehemalige Polizei, Jugendzentrum - Antrag der Fraktion LWG
12. Verbindliche Betreuung der Kinder und Jugendlichen durch das Jugendzentrum -Antrag Fraktion Grüne
13. Bekanntgaben und Anfragen

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Eröffnung und Begrüßung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

TO-Punkt 2: Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung (Dringlichkeitsanträge)

Herr Cornehl beantragt für die SPD-Fraktion, unter Tagesordnungspunkt 8 auch den Antrag der SPD-Fraktion vom 5.11.2018 „Antrag zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Grundschule und der offenen Ganztagschule Laboe“ zu behandeln.

Ansonsten ergeben sich keine Einwände oder Ergänzungen zur Tagesordnung.

Stimmberechtigte:	11		
Ja-Stimmen: 8	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 3	Befangen: 0

TO-Punkt 3: Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte

Die Vorsitzende lässt über den Ausschluss der Öffentlichkeit der in nichtöffentlicher Sitzung zu beratenden Tagesordnungspunkte abstimmen.

Beschluss:

Die in der Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil genannten Tagesordnungspunkte werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Stimmberechtigte:	11		
Ja-Stimmen: 11	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 4: Einwohnerfragestunde

Die Vorsitzende ruft die Einwohnerfragestunde auf.

Frau Andrea Erdmann fragt an was sich bezüglich des im Dezember entstandenen Wasserschadens in der Turnhalle getan habe. Bürgermeister Wenzel teilt hierzu mit, dass nach seiner Information eine größere Sanierung notwendig sei und dafür 200.000 € im Haushalt 2019 der Gemeinde Laboe veranschlagt wurden.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

TO-Punkt 5: Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Kultur und Sport vom 22.01.2019 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Gegen die Niederschrift werden keine Einwände erhoben.

Beschlüsse aus dem nicht-öffentlichen Sitzungsteil sind nicht bekannt zu geben.

TO-Punkt 6: Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Die Ausschussvorsitzende hat keine Mitteilungen zu machen.

TO-Punkt 7: Mitteilungen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister hat keine Mitteilungen zu machen.

TO-Punkt 8: Antrag zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Grundschule und der Offenen Ganztagschule Laboe -Sachstandsbericht

Frau Müller fasst den Antrag der SPD-Fraktion zu dieser Thematik zusammen und stellt den Zusammenhang zu den heutigen Beratungen unter den Tagesordnungspunkten 11 und 12 her. Sie bittet um Beratung und Beschlussfassung zu dem Antrag.

Frau Kowalski erklärt für die Fraktion der Grünen, dass diese den Antrag ablehnen müsse, da aktuell noch die beschlossene Fragebogenaktion laufe. Aus ihrer Sicht sollten in der Sache keine Schnellschüsse durch Beschlüsse vorgenommen werden.

Frau Müller entgegnet hierzu, dass der Antrag verschiedene Teile enthalte, die kurzfristige und langfristige Maßnahmen vorsehen.

Frau Bern erklärt für die LWG-Fraktion, dass die Vorschläge der SPD, den Verpflegungstrakt in einen Container auszulagern und die Bibliothek vorübergehend in anzumietenden Räumlichkeiten unterzubringen abgelehnt würden. Dies gelte auch für die Anträge Nummer 1 und 2 der SPD-Fraktion. Dem Antrag Nummer drei der SPD-Fraktion könne sich die LWG hingegen anschließen.

Für die CDU-Fraktion erklärt Frau Diekötter, dass die Auslagerung der Mensa in Container abgelehnt werde. In diesem Zusammenhang fragt sie nach den Schülerzahlen, die am Essen teilnehmen. Außerdem erklärt sie, dass die CDU-Fraktion die Anträge Nummer 1 und 2 der SPD-Fraktion nicht zustimmen könne. Auch sie erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Antrag Nummer drei der SPD-Fraktion folgen zu können.

Bürgermeister Wenzel schlägt vor, vor der Auftragserteilung an ein Planungsbüro, den in einer Arbeitsgruppe von Amt Probstei, der Schule und dem Bürgermeister ausgearbeiteten Konzeptvorschlag zu diskutieren. Er schlägt weiterhin vor, den Sperrvermerk für die Einrichtung der Stelle der Leitung der offenen Ganztagschule zügig aufzuheben.

Es schließt sich eine intensive Diskussion über die weitere Vorgehensweise in der Sache an, dabei wird insbesondere diskutiert, ob vor der Auswertung der laufenden Nutzerbefragung bereits Beschlüsse gefasst werden sollen.

Die Ausschussmitglieder einigen sich darauf, die Anträge der SPD-Fraktion einzeln abzustimmen:

Beschluss:

Antrag 1:

1. Ein Fachbüro wird beauftragt, kurzfristig realisierbare Lösungsvorschläge für die Schaffung eines ausreichenden Raumangebotes für
 - a. Küche und Cafeteria, auslagern in Container, welche auf dem Grundstück des Hauses eins aufgestellt werden sollen;
 - b. Die Umwidmung der frei werdenden Räume der jetzigen Küche und Cafeteria zu Unterrichtsräumen, nutzbar für Schule und OGTS

zu erarbeiten. Die Vorschläge sind mit der Schule abzustimmen

Die in der Ausgangslage gegebenen Begründungen und Hinweise sind in die Bearbeitung des Antrags einzubeziehen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungskosten zu ermitteln. Die zu erwartenden Kosten sind als Nachtrag in den Haushalt 2018 und in den Haushaltsplan 2019 einzustellen.

Antrag 2:

Es wird eine Planstelle für die Leitung und Organisation der offenen Ganztagschule und des Jugendzentrums eingerichtet und besetzt.

Die in der Ausgangslage/Problembeschreibung gegebenen Begründungen und Hinweise sind in die Bearbeitung des Antrags einzubeziehen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Personalkosten zu ermitteln. Die zu erwartenden Kosten sind in den Haushaltsplan 2019 einzustellen.

Die Ausschussmitglieder verzichten auf eine Abstimmung über diesen Antrag, da dieser bereits umgesetzt wurde.

Antrag 3:

1. Ein Fachbüro wird beauftragt, Lösungskonzepte für eine mittel- und langfristig tragfähige Nutzung des gesamten Schulkomplexes zu erarbeiten. Damit sollten der Gemeindevertretung vom Fachbüro unterschiedlichen Nutzungsvarianten unter Einbeziehung aller gemeindeeigenen Gebäude im Schulkomplex und des zu erwartenden Nutzungsbedarfes zur weiteren Beratung vorgelegt werden. Da es um die Nutzung in den kommenden Jahrzehnten geht, sollten auch schon früher einmal angedachte Ideen zu Neubauten für ein barrierefreies neues Rathaus, einen Bürgerzentrum / Gemeindesaal oder Anderes in die Überlegungen einbezogen werden.

Die in der Ausgangslage gegebenen Begründungen und Hinweise sind die Bearbeitung des Antrages einzubeziehen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungskosten zu ermitteln. Die zu erwartenden Kosten sind als Nachtrag in den Haushalt 2018 und in den Haushaltsplan 2019 einzustellen.

Stimmberechtigte: 11			
Ja-Stimmen: 2	Nein-Stimmen: 8	Enthaltungen: 1	Befangen: 0

Stimmberechtigte: 11			
Ja-Stimmen: 2	Nein-Stimmen: 4	Enthaltungen: 5	Befangen: 0

TO-Punkt 9: Anschaffung und Montage von Fahrradständern für die Schule

Der Bürgermeister berichtet, dass die Anschaffung und Montage von Fahrradständern für die Schule Kosten von unter 800 € verursachen wird. Die Auftragserteilung kann daher durch ihn selbst ohne weitere Beschlüsse erfolgen.

Die Ausschussmitglieder nehmen dies zustimmend zur Kenntnis.

TO-Punkt 10: Gebührenanpassung OGTS

Bürgermeister Wenzel erläutert, dass die Planstelle für die Leitung der OGTS in den Haushalt 2019 aufgenommen aber mit einem Sperrvermerk versehen wurde. Hintergrund war hier unter anderem, dass durch die höheren Kosten aufgrund der Planstelle der Kostendeckungsgrad der Einrichtung von 44,98 % auf 36,1 % sinken werde und deshalb zunächst auch über eine Neukalkulation der Nutzungsgebühren für die OGTS beraten werden sollte.

Er schlägt vor, ein neues Gebührenmodell zu entwickeln, mit dem der alte Kostendeckungsgrad erreicht werde. Dabei sollten aus seiner Sicht sowohl die Schule, als auch die Eltern einbezogen werden. Ein solches neues Gebührenmodell könne dann als Grundlage in der nächsten Gemeindevertreterversammlung dienen, um den Sperrvermerk aufzuheben und die Stelle auszuschreiben.

Die Angelegenheit wird eingehend diskutiert, dabei wird insbesondere auf die aktuelle Beitragshöhe Bezug genommen. In diesem Zusammenhang weist Herr Dräbing darauf hin, dass die aktuelle Gebührensatzung eine Sozialstaffelregelung analog der für Kindertagesstätten geltenden enthalte. Allerdings erfolge hier keine Erstattung der Sozialstaffelausfälle seitens des Kreises Plön, sondern diese seien von der Gemeinde Laboe als Schulträger zu tragen.

Auf Vorschlag des Bürgermeisters werden folgende Beschlussvorschläge zur Abstimmung gestellt:

Beschluss:

1. Der Ausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die Aufhebung des Sperrvermerkes für die Stelle der Leitung der offenen Ganztagschule und die Ausschreibung der Stelle zu beschließen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zur nächsten Sitzung des Ausschusses den Entwurf einer neuen Gebührensatzung für die offene Ganztagschule vorzulegen, dabei soll von dem rechnerischen Kostendeckungsgrad des Jahres 2018 in Höhe von 44,98 % ausgegangen werden.

Stimmberechtigte:	11		
Ja-Stimmen: 11	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Stimmberechtigte:	11		
Ja-Stimmen: 10	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 1	Befangen: 0

TO-Punkt 11: ehemalige Polizei, Jugendzentrum - Antrag der Fraktion LWG

Frau Bern verliest den Antrag der LWG-Fraktion.

Herr Cornehl ist der Auffassung, dass mit diesem Antrag das Laboer klein / klein fortgesetzt werde, die SPD-Fraktion habe mit den vorher diskutierten Anträgen ganzheitliche Lösungen vorgeschlagen.

Frau Kowalski verweist auf die laufende Befragung der Nutzer des Schulkomplexes, die aus Sicht der Fraktion der Grünen vor weiteren Beschlüssen abzuwarten sei. Außerdem betont sie die Notwendigkeit, die Kinder- und Jugendlichen bei den Planungen für das Jugendzentrum zu beteiligen.

Herr Dräbing berichtet, dass das Jugendzentrum derzeit insgesamt 276,31 m² Fläche zur Verfügung habe, das von der LWG-Fraktion als Ersatzfläche vorgesehene Obergeschoss im Haus Dorfstraße 1 hingegen nur eine Gesamtfläche von 117,36 m² aufweisen, dies entspreche mit 42,48 % weit weniger als der Hälfte der bisherigen Fläche. Außerdem gibt er zu bedenken, dass ein sofortiger Umzug des Jugendzentrums in die ehemalige Polizeistation aus baurechtlichen Gründen nicht möglich sei. Hier müsse gegebenenfalls zunächst einen Antrag auf eine baurechtliche Nutzungsänderung gestellt, und die über eine entsprechende Genehmigung eventuell aufgegebenen Auflagen, zum Beispiel zu Rettungswegen etc., umgesetzt werden.

Er weist außerdem darauf hin, dass die Leiterin des Jugendzentrums, Frau Biermann, bereits im Herbst letzten Jahres der Schulleiterin, Frau Telli, eine Übergangslösung angeboten habe. Diese sah vor, dass die OGTS bis 14:00 Uhr die Räume des Jugendzentrums, ohne das Büro, insgesamt und von 14:00 bis 16:00 Uhr die Räumlichkeiten im Keller- und im Erdgeschoss mit nutzen könnte.

Frau Kleinfeld bittet dringend darum, die Nutzerzahlen des Jugendzentrums laufend zu dokumentieren und dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Bürgermeister Wenzel vertritt die Position, dass eine Verlegung des Jugendzentrums in das ehemalige Polizeigebäude nur nach der Fertigstellung eines neuen Konzeptes und unter Beteiligung der Jugendlichen infrage kommt.

Nach eingehender Diskussion einigen sich die Ausschussmitglieder darauf, den Antrag der LWG-Fraktion bis zur Auswertung der Fragebogenaktion zurückzustellen und in der nächsten Sitzung weiter zu beraten.

TO-Punkt 12: Verbindliche Betreuung der Kinder und Jugendlichen durch das Jugendzentrum -Antrag Fraktion Grüne

Herr Bauer erläutert den Antrag der Fraktion der Grünen. Er betont, dass es dringend erforderlich sei Maßnahmen zu entwickeln, um eine verlässliche und kontinuierliche Betreuung der Besucherinnen und Besucher der Einrichtung sicherzustellen.

Es erfolgt eine eingehende Diskussion der Angelegenheit.

Beschluss:

Der Ausschuss beauftragt den Bürgermeister gemeinsam mit der Leiterin des Jugendzentrums, den Jugendlichen selbst und allen Interessierten Lösungsansätze zu erarbeiten, um eine regelhafte, verbindliche und möglichst durchgehende Betreuung unserer Jugend im Jugendzentrum sicherzustellen.

Stimmberechtigte:	11		
Ja-Stimmen: 11	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 13: Bekanntgaben und Anfragen

- a. Bürgermeister Wenzel gibt zur geplanten Kindertagesstätte im Baugebiet Krützkrög bekannt, dass für die Beauftragung eines Architekturbüros keine EU-weite Ausschreibung erforderlich sei. Das Auswahlverfahren sei von der Verwaltung zwischenzeitlich auf den Weg gebracht worden. Somit könne voraussichtlich eine Förderantragstellung bis zum Stichtag 30.6.2019 sichergestellt werden. Voraussetzung sei, dass die Gemeindevertretung im Mai abschließend über den Auftrag entscheide. Außerdem informiert er, dass das Verfahren der Trägerschaftsbewerbung für die Einrichtung ebenfalls bereits angelaufen sei.
- b. Frau Kowalski erinnert nochmal an den gefassten Beschluss, eine Befragung der Nutzer des Schulkomplexes sowie eine Bestandsaufnahme der Flächen und Gebäude als Grundlage der weiteren Diskussion durchzuführen.
- c. Frau Kleinfeld fragt an, warum am 13. März das Rathaus geschlossen sei. Herr Dräbing berichtet, dass dies aufgrund einer Fortbildungsveranstaltung für die Bediensteten erforderlich ist.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, schließt die Vorsitzende den öffentlichen Sitzungsteil um 20:10 Uhr.

gesehen:

Sigrun Hey
- Ausschussvorsitzende -

Jürgen Dräbing
- Protokollführer -

Sönke Körber
- Amtsdirektor -

gesehen:

Marc Wenzel
-Bürgermeister-